

Einwanderung ohne Ende, Einwanderung bis zum Ende...

Lukas Reimann, Wil

Als Hauptargument für die Ost-Ausdehnung des Personenverkehrs wird die Notwendigkeit ausländischer Arbeitnehmer für die Schweizer Wirtschaft genannt. Diese Annahme ist grundfalsch! Eine genaue Betrachtung der Schweizer Ausländerpolitik zeigt, dass der Schweiz aufgrund einer enorm starken Einwanderung grosse Nachteile und starke volkswirtschaftliche Belastungen entstehen.

Zuwanderung wird unkontrollierbar

Beim Ost-Personenverkehr geht es nicht darum, Einwanderer in die Schweiz zu holen. Denn niemand kann bestreiten, dass ein attraktives Land wie die Schweiz so oder so immer genügend Einwanderer finden wird. Von 1990 bis Ende 2002 sind rund 1,3 Millionen Ausländer neu eingewandert und haben eine Jahresaufenthaltsbewilligung erhalten. Davon kamen 519'881 als Erwerbstätige. Gemessen an der Gesamtbevölkerung sind im erwähnten Zeitraum über dreimal mehr Ausländer in die Schweiz eingewandert als in die EU. Auch der Wanderungssaldo bei den Ausländern (Differenz zwischen Einwanderung und Auswanderung) ist in der Schweiz über dreimal höher als in der EU. Wer unter diesen Umständen davon spricht, die Schweiz brauche den EU-Personenverkehr, um genügend Einwanderung zu sichern, kennt die Fakten nicht.

Beim Personenverkehrs-Abkommen geht es darum, ob Einwanderung weiterhin kontrollierbar und steuerbar ist oder ob die Rechte in Sachen Einwanderung an die EU abgegeben werden. Der freie Personenverkehr ermöglicht die fast unbegrenzte Einreise- und Arbeitsmöglichkeit von Personen aus den EU-Ländern sowie den gleichberechtigten Zugang zu den Sozialleistungen.

Zuwanderung nimmt massiv zu

Ein Blick ins Ausland widerlegt sämtliche – völlig haltlosen – Beschwichtigungen der Befürworter, dass es keine Einwanderung geben werde. In Schweden nahm seit der Osterweiterung die Anzahl Ost-Einwanderer um 66% zu. In England haben sich bis Ende März 2005 176'000 Osteuropäer angemeldet. Das Innenministerium rechnete mit 5'000 Personen. Die meisten arbeiten für einen Hungerlohn. Nach Irland sind seit dem Mai 2004 über 60'000 Menschen aus den EU-Oststaaten gekommen. Die Zahl der Osteuropäer in Österreich hat sich seit dem Jahr 2000 verdoppelt. Die Folge: Ende Juli 2005 waren in Österreich 211'000 Personen arbeitslos und weitere 40'000 in Schulung. Das ist Rekord in der Zweiten Republik. In Deutschland wurden alleine im Metzgergewerbe über 25'000 Deutsche durch Billigstlohnarbeiter aus dem Osten vom Arbeitsmarkt verdrängt.

Es ist logisch, dass auch eine grosse Einwanderung Richtung Schweiz einsetzen wird. Hier sind die Arbeitsbedingungen besonders gut und die Sozialwerke noch am besten ausgebaut. Das spricht sich rum. Das zieht die Menschen aus Ländern mit grosser Armut und horrender Arbeitslosigkeit an wie ein Magnet. Die Armut und das Leid reisen mit. Sie verschieben sich in die Schweiz.

Überfremdung

Eine nicht mehr kontrollierbare Einwanderung führt unweigerlich zu einer massiven Überfremdung. Prof. Dr. Hans Werner Sinn vom renommierten ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München rechnet damit, dass, wenn 2010 die volle Freizügigkeit gilt, 2,5 Millionen Menschen allein nach Deutschland wandern. Da die Schweiz bessere Bedingungen bezüglich Lohnniveau, Sozialleistungen und Lebensstandard als Deutschland bietet, ist prozentual sogar eine noch höhere Zuwanderung zu erwarten! Um die Auswirkungen dieser Regelungen auf die Schweiz zu verschleiern, betonen Befürworter, dass Schweizer dasselbe Recht hätten wie die EU-Bürger. Tatsache ist jedoch, dass die Schweiz

mit 7 Millionen Einwohnern viel attraktiver ist für die 475 Millionen EU-Bürger als umgekehrt. Überfremdung ist die Folge. Auswirkungen auf alle Lebensbereiche sind vorprogrammiert, von der Schule bis zur Wohn- und Stellensituation. Dabei beunruhigen die finanz-, sozial-, bildungs- und sicherheitspolitischen Auswirkungen schon heute.

Die Schweiz leidet schon heute unter Einwanderung

Die Schweiz ist aufgrund ihrer Grösse und ihrer Bevölkerungsdichte kein Einwanderungsland. In den 90er-Jahren wurden mehr als eine Million neue Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen erteilt. Das ist, gemessen an der Einwohnerzahl, Weltrekord. Seit Beginn der 90er-Jahre ist unsere Wohnbevölkerung um 700'000 gewachsen, obwohl das Schweizer Volk aufgrund der tiefen Geburtenrate stagniert. Jahr für Jahr kommen durch die Einwanderung über 50'000 Personen dazu. Diese Einwanderungswelle stellt für unsere Volkswirtschaft eine Belastung dar. Während die Einwanderung von 1960 bis 1975 geprägt war durch die Vergabe freier Arbeitsplätze an arbeitswillige Gastarbeiter, geht mit der heutigen Massenzuwanderung ein Import der sozialen Probleme der Herkunftsländer und eine Blockierung benötigter Arbeitsplätze durch Ausländer einher.

Einwanderung ist ein Mengenproblem: Mehr Zuzug heisst immer grössere Belastungen im Verkehr, bei der Infrastruktur, im Sozial- und Gesundheitswesen, in der Umwelt. Die objektiven Daten über Kriminalität und Gewalttaten sprechen schon heute eine zu deutliche Sprache, als dass man das alles unter den Teppich kehren könnte. Reden wir Klartext: Unsere Justiz ist mit einschlägigen Delikten von Ausländern überlastet. Unsere Gefängnisse von Nicht-Schweizern übervölkert! Wo bleibt die realistische Ausländerpolitik?

Immer mehr Ausländer kommen nur, um von unseren Sozialwerken zu profitieren. Die Anzahl Erwerbstätiger unter den Ausländern hat sich von über 53 Prozent im Jahr 1990 auf lediglich 30 Prozent reduziert. Das ist beängstigend. Denn 100% der Ausländer wollen von den Schweizer Sozialleistungen profitieren. Dass immer mehr Nichterwerbstätige einwandern, hat schwerwiegende Folgen für die Sozialwerke. Aber auch im Bildungsbereich stösst die Anzahl Ausländer an die Grenzen des verkraftbaren. In vielen Schweizer Städten gibt es Schulklassen mit über 75% Ausländeranteil. Darunter leiden alle.

Es braucht eine Kehrtwende in der Ausländerpolitik

Die Argumente, die scheinbar für eine forcierte Zuwanderung sprechen, lassen zweierlei ausser Acht: die Kosten für die Integration der Fremden und ihre vielfältigen Belastungen des sozialen Netzes, die ihren finanziellen Nutzen mehr als ausgleichen, sowie die Tatsache, dass unser Problem primär nicht ein Arbeitskräftemangel, sondern einen Arbeitsplatzmangel ist. Vordringliche Aufgabe von Politik und Wirtschaft wäre es erst einmal, die inländischen Arbeitslosen wieder in Lohn und Brot zu bringen! Stattdessen finden jeden Tag neue Ausländer hier eine Stelle.

Die Politik muss dringend darauf ausgerichtet werden, unsere Sogwirkung auf Zuwanderer zu stoppen. Der Ost-Personenverkehr will das Gegenteil. Er wird die Sogwirkung aufgrund der erleichterten Einreise-Bedingungen und aufgrund des Gleichbehandlungsprinzips massiv verstärken. Mit der Ost-Zuwanderung lassen sich die Türen im Schweizer Haus leicht von aussen öffnen, aber dafür von innen nicht mehr schliessen. Es ist sehr gefährlich, die Einwanderungspolitik Brüssel oder dem Zufall zu überlassen. Mit der Ost-Zuwanderung würde die Schweizer Ausländerpolitik zu einem neuen Negativhöhepunkt treiben. Sie wäre nicht mehr einfach nur zu wenig restriktiv, sondern neu auch unkontrollierbar.

Ein Nein zur Ost-Zuwanderung bedeutet, dass die Schweiz als Gastgeberin selbst das Recht hat, zu bestimmen, wen sie aufnehmen will und welche Regeln dabei gelten sollen. Dies erlaubt eine vernünftige Ausländerpolitik im Interesse der Schweizer Bevölkerung und im Interesse der Schweizer Wirtschaft.